

Stenographisches Protokoll.

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. II. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 18. Dezember 1924.

Inhalt.

Verhandlung: 1. Lesung der Regierungsvorlage über die Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen mit auswärtigen Staaten (B. 237) — Dr. Ellenburg (1901) — Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (1902).

Ausschüsse: Wahl Scheibein als Mitglied des Ausschusses für Erziehung und Unterricht an Stelle Tusch (1902).

Zuweisung der Regierungsvorlage B. 236 an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, des Antrages 158 an den Finanz- und Budgetausschuß (1902).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Allina, Heini, Dr. Hampel, Clessin auf Ergänzung des Geldinstitutezentralgesetzes (158/A);

2. Häuser, betr. Verlängerung der Wirksamkeit des Wasserkraftförderungsgesetzes (159/A).

Präsident Miklas eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 16. Dezember für genehmigt.

Es wird zur T. D. übergegangen, das ist die 1. Lesung der Vorlage der Bundesregierung über die Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen mit auswärtigen Staaten (B. 237).

Dr. Ellenburg: Hohes Haus! Das Gesetz, das hier zur 1. Lesung steht, hat die Aufgabe, die Regierung zu ermächtigen, Handelsverträge mit bestimmten Staaten abzuschließen, und zwar handelt es sich um einen Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei und mit Deutschland. An sich würden wir sachlich gegen die Erteilung einer solchen Ermächtigung nichts einzuwenden haben, selbst einer Regierung gegenüber, die nicht gerade die Regierung unseres unmittelbar politischen Vertrauens wäre, wenn wir nur zu dieser Regierung das Vertrauen in der Hoffnung haben könnten, daß sie auch handelspolitische Fragen, Fragen rein sachlicher Natur, in einer den tatsächlichen Verhältnissen, vor allem den sozialen Verhältnissen Rechnung tragenden Weise zu lösen bereit oder fähig wäre. Wogegen wir sind — und das ist der Grund, warum wir dieses Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung so wenig haben wie zur unmittelbar vorangegangenen —, wogegen wir sind, das ist eine Politik des toten Rechenexempels sowie etwa die berühmte Genfer Politik, die ohne Rücksicht auf zahllose menschliche Existzen einfach mit dem Bleistift in der Hand sündhaft

viele Goldkronen Ausgaben und Einnahmen rechnet und damit den Gegenstand für erledigt hält.

Die Frage, die gegenwärtig bei der Abschließung jedes Handelsvertrages und aller handelspolitischen Aktionen im Vordergrunde des Interesses steht, ist die Frage der Teuerung. Wie hat nun zum Beispiel die unmittelbar vorhergehende Regierung diese Frage behandelt? Es wurden große Ankündigungen von Aktionen gegen die Teuerung gemacht. Der Herr Vizekanzler der vergangenen Regierung hat auch eine Aktion gegen die Brotteuerung unternommen, aber das klägliche Ende der ganzen Aktion, deren Zweck ja sehr begrüßenswert gewesen wäre, hat gezeigt, daß ein ernster Wille und ein Verständnis der wirklichen Ursachen der Teuerung nicht vorhanden sind. Freilich, ich gebe zu, daß der Finanzminister der vergangenen Regierung doch wenigstens zum Schluß zu der Erkenntnis gekommen ist — ich muß das zu seinem Vorteile sagen —, daß gewisse Steuermäßigungen eines der Mittel sind, mit denen wirklich die Teuerung wirksam bekämpft werden kann; er war bereit, die Warenumsatzsteuer für Mehl und die Luxusabgabe in der Brotsfabrikation zu beseitigen. Es ist nicht dazu gekommen; die Regierung ist inzwischen gefallen. Über hier haben wir einen Fingerzeig, auf welchem Wege diese Fragen zu erledigen wären.

Sehen wir nun zu, was auf diesem Gebiete die gegenwärtige Regierung zu leisten begonnen hat, so hören wir das berühmte, zwar nicht deutsche, aber vielgebrauchte Wort „Antiteuerungsaktion“, deren Inhalt darin besteht, daß irgendeine oder mehrere Kommissionen sich zusammensetzen und beraten. Ich fürchte sehr, daß diese Kommissionen und die ganze Aktion etwa das Schicksal des berühmten Szekler Landtages haben werden, der bekanntlich, nachdem es drei Monate gereget hat, zusammenrat, um zu beschließen, was nun zu geschehen habe, und nun beschloß, daß man weitere sechs Wochen zusehen und abwarten werde, was geschehen wird. Ich glaube, was bisher an diesen Antiteuerungsaktionen von der Regierung zu sehen war, ist ungefähr diesem Beschuß des Szekler Landtages gleich. Die Sache ist aber gar nicht so schwierig; das Geheimnis ist nicht so dunkel und nicht so verschlossen, es gehört sogar ein ganz einfacher Menschenverstand dazu, dieses Geheimnis zu enträteln. Die Lösung besteht einfach darin, daß man, wenn man jetzt am 1. Jänner

den Zolltarif erstellt, durch Suspendierung der Lebensmittelzölle die durch Arbeitslosigkeit und anderes Elend am stärksten betroffenen Massen für die Zeit dieser Teuerung entlastet. Das ist das sehr simple und selbst dem Verstand eines nicht geborenen Politikers zugängliche Mittel, um diese so ungeheuer schwierige Frage — ich sage nicht zu lösen, denn ich glaube nicht, daß das so einfach ist, weil die Verhältnisse viel zu kompliziert sind und vieles, wie ich gestehe, gar nicht von unserem Willen abhängig ist, zum Beispiel die Tatsache des hohen Weltmarktpreises von Getreide, der ja unserem Einfluß ganz unzugänglich ist und auf den wir durch unsere österreichische Politik keinen gerade entscheidenden Einfluß üben können —, um also durch Suspendierung der Lebensmittelzölle hier mildernd zu wirken. Was wir also bei der Behandlung dieses Gesetzes fordern, ist die Suspendierung der Lebensmittelzölle für die Zeit dieses großen Elends, welches, wie ich auch zugesteh, mit Erhöhung von Arbeitslosenunterstützungen und dergleichen — die Armenfürsorge in allen Ehren — nicht gelöst werden kann. Hier haben wir das Kardinalmoment.

Wir werden also unsere Stellungnahme zu dem Gesetz in den Ausschusshandlungen und den folgenden Lesungen davon abhängig machen, wie sich die Regierung zu dieser Kardinalforderung, die die Notwendigkeit in der Behandlung der Lebensmittelteuerung darstellt, verhält. (Beifall.)

Damit ist die Debatte abgeschlossen. Die Regierungsvorlage wird dem Ausschus für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten zugewiesen.

Die Regierungsvorlage B. 236 wird dem Ausschus für Handel und Verkehr, Industrie und Bauten, der Antrag 158 dem Finanz- und Budgetausschus zugewiesen.

An Stelle Tusch als Mitglied des Ausschusses für Erziehung und Unterricht wird Scheibein gewählt.

Nächste Sitzung: Freitag, den 19. Dezember 12 Uhr mittags. T. O.:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses, betr. ein Budgetprovisorium.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr 35 Min. nachm.